

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

29.6.1923 (No. 148)

Expedition: Karlsruher Str. 14  
Fernsprecher: Nr. 953 und 954  
Verlagsdruckerei: Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. K. n. d. Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juni 6000 M. — Einzelnummer 250 M. — Anzeigengebühr: 300 M. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe sind zu senden an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14 zu senden und werden in Berücksichtigung mit dem Ministerium des Innern besendet. Bei Abrechnung, zweimonatlicher Beitragszahlung und Kontoverfahren stellt der Postamt fest. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von späterer Genossenschaft, Streich, Sperrung, Nachzahlung, Betriebsänderung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Verlegeranten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung versetzt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für lehrerliche Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Uebertragung der Elsaß-Lothringer Vertriebenenfürsorge auf den Badischen Landesverein vom Roten Kreuz.

•• Mit Wirkung vom 1. Mai 1923 sind die bisher von der Reichszentralstelle für elsäß-lothringische Vertriebenenfürsorge in Freiburg wahrgenommenen Fürsorgegeschäfte auf den bad. Landesverein vom Roten Kreuz in Karlsruhe übergegangen.

### \* Der Rechtsbolschewismus.

In den letzten Monaten hat die rechtsbolschewistische Bewegung in Deutschland Formen angenommen, die sowohl innerpolitisch wie außenpolitisch zu ersten Beforgnissen Anlaß geben. Diese Beforgnisse erstrecken sich aber in allererster Linie nicht auf die Bewegung selbst, sondern auf die betrübliche Tatsache, daß ein nicht unerheblicher Bruchteil unseres Volkes, der an sich eine aktive Beteiligung an der rechtsbolschewistischen Propaganda ablehnt, dem ganzen Unfug dennoch mit einer Duldung und Nachsicht gegenübertritt, die geeignet sind, jene rechtsradikalen Elemente zu immer neuen Freveltaten aufzufacheln. Es ist ebenso, daß diese Elemente bei ihren Sandlungen mit der stillschweigenden Zustimmung eines Teils der Bevölkerung rechnen können. Es scheint uns deshalb notwendig zu sein, auch an dieser Stelle einmal auf das wahre Wesen dieses Rechtsbolschewismus aufmerksam zu machen.

Und da ist zunächst folgendes zu sagen. Es ist vollkommen verkehrt, wenn einzelne Schichten unseres Volkes, ja auch einzelne führende Politiker die Ansicht vertreten, daß dem Rechtsbolschewismus und Nationalsozialismus eine geistige Idee zugrunde liege, daß es also besonders schwer sei, gegen eine solche Bewegung anzukämpfen; man könne geistige Strömungen nicht mit Gewalt aus der Welt schaffen. Das ist, wie gesagt, eine völlig abwegige Auffassung.

Dem Nationalsozialismus liegt faktisch gar keine Idee zugrunde. Und wo bisher Führer dieser Bewegung verfaßt haben, ihr positives Programm darzulegen, verwickelten sie sich in Widersprüche, oder sie verirren sich im Garten einer Phrasologie, die nur den ganz klauen über die faktische Inhaltlosigkeit des Programms hinwegtäuschen kann. Das wahre Ziel des Nationalsozialismus ist lediglich negativ. Es heißt: Sturz des regierenden Staatssystems, Entfestelung des Kampfes aller gegen alle in der Hoffnung, schließlich in diesem Kampf eine Minderheitsregierung errichten zu können, die ausgeübt wird von einer Elite brutaler und ehrgeiziger Männer, denen in ihrem ganzen Leben nur ein Ideal vorgeschwebt hat, nämlich die Befriedigung ihres Machtollers. Diese Persönlichkeiten sind eitel oder großwahnsinnig genug, um zu glauben, daß sie die sämtlichen Gebrechen unserer Zeit kurieren könnten, wenn man ihnen nur die Macht in die Hand gäbe. Sie befinden sich mit ihrer Geistesverfassung in einer Epoche, die viele Jahrhunderte zurückliegt, und ihre „staatsrechtlichen“ Gedanken bewegen sich in einem Kreise von Vorstellungen, wie sie heutzutage nur noch bei wilden Völkern anzutreffen sind.

Würde jemals irgendwo der Rechtsbolschewismus auf ein paar Tage zur Herrschaft gelangen, so würde die Folge eine betartige Berrüttung sein, daß die augenblicklichen Zustände, verglichen mit dieser Berrüttung, noch als paradiesisch bezeichnet werden müßten. Genau so, wie unser Volk das Experiment einer linksbolschewistischen Oligarchie nicht ertragen könnte, genau so müßte es das Experiment einer rechtsbolschewistischen Oligarchie mit dem Tode bezahlen. Denn schon allein außenpolitisch würde ein solches Experiment die furchtbarsten Konsequenzen für Deutschland nach sich ziehen.

Nur der absolut unpolitische Sinn großer Teile unseres Volkes und in Verbindung damit der verblendete Haß der früher regierenden Schichten machen es erklärlich, daß sich unser Volk nicht gelassen gegen den rechtsbolschewistischen Unfug wendet und der Rechtsbolschewismus auf das einzige Gebiet beschränkt, auf dem er noch eine Existenzberechtigung nachweisen kann, nämlich auf das Gebiet des rein Kriminalistischen.

Würde im Reich und in allen Ländern bei allen Stellen, die zur Wahrung der Staatsautorität berufen sind, die richtige Einsicht in das wahre Wesen des Nationalsozialismus bestehen, und würden alle Schichten des Volkes erkennen, daß letzten Endes der Rechtsbolschewismus uns alle mit dem Untergang bedroht, dann wäre es ausgeschlossen, daß diese Bewegung politisch irgend eine Rolle spielen könnte.

Daß die Arbeiterschaft dem Rechtsbolschewismus feindlich gegenübersteht, ist selbstverständlich. Denn der Rechtsbolschewismus ist arbeiterfeindlich. Er ist aber auch undemokratisch in seiner „staatsrechtlichen“ Betätigung und illegal in der Handhabung seiner Kampfmittel, er müßte sonach einem jeden ehrlichen Demokraten gründlich zuwider sein. Der Rechtsbolschewismus ist weiter unchristlich. Er leugnet geradezu die Sittenlehre des Christentums und beruht sich auf einer teils widerlichen, teils abgeschmackten Aufwärmung angeblich urgermanischer, religiöser Gefühle. Seine ganze Propaganda ist nichts anderes als eine brutale Verhöhnung der dem Christentum zugrunde liegenden Idee. Im Mittelalter würde ein Mann wie Hitler von den religiösen Schriftstellern geradezu als Prototyp des „Antichrist“ geschildert worden sein. Ein echter Zentrumsmann wird also niemals mit diesem Rechtsbolschewismus sympathisieren können.

Der Deutschen Volkspartei aber sollte klar sein, daß die ewige Unruhe, die der Rechtsbolschewismus hervorruft, unter keinen Umständen den rein wirtschaftlichen Interessen unseres Volkes und vor allem seiner Unternehmern entspricht. Wenn es richtig sein sollte, daß aus den Kreisen der Großindustrie dem Rechtsbolschewismus große Summen zuzuführen, so würde das von neuem beweisen, daß unsere Industrieherrn wohl glänzende Kaufleute, aber sehr schlechte Politiker sind.

Wie man also die Dinge auch befehen mag, sie können zu nichts anderem führen, als zu einer Verurteilung dieses rechtsbolschewistischen Unfugs. Den gebildeten Menschen aber sollte noch ganz besonders eine Wahrnehmung abstoßen, und das ist die Wahrnehmung, daß der Rechtsbolschewismus in seiner ganzen Propaganda einen Ton bevorzugt, der die vollendete Kulturlosigkeit darstellt und die Unfähigkeit geradezu zum Prinzip erhebt. Es ist nicht nur die nackte Gewalttat als solche, die Empörung hervorrufen muß, sondern ebensosehr die gemeine Ausdrucksweise, deren sich die Rechtsbolschewisten befleißigen. Diese Herrschaften führen Ausdrücke im Munde, die sonst nur in den moralisch ganz tief stehenden Schichten der Großstädte zu finden sind. Und sie vertragen so mit beiden, mit der Tat und mit dem von ihnen gesprochenen Wort, eine Rohheit der Gesinnung und der Gesittung, die es geradezu unbegreiflich macht, daß noch irgend ein anständiger deutscher Volksgenosse diesen Leuten gegenüber Nachsicht und Duldung walten läßt.

Von einer geistigen Idee also keine Spur! Auf der ganzen Linie des Rechtsbolschewismus herrscht lediglich entweder politischer Nihilismus oder verbrecherische Veranlagung. Und so sind es denn auch in erster Linie oder, wie wir sagen möchten, ausschließlich die Justiz und die Polizei, die sich für dieses organisierte Verbrechertum zu interessieren haben. Reichen die Kräfte der Justiz und der Polizei zur Bekämpfung dieses Verbrechertums nicht aus, so müssen sie in irgend einer Form verstärkt werden. Was man aber unbedingt zu verlangen hat, das ist, daß ein jeder, der amtlich mit der Wahrung des Rechts und der öffentlichen Ordnung betraut ist oder irgendwie im Dienste dieser sittlichen Potenzen steht, seinen ganzen Pflichteifer einsetzt, um dieses unter parteipolitischer Flagge segelnde, von sadistischen Trieben hin und her gerrerte Verbrechertum auszurotten. Gelingt uns diese Ausrottung nicht, dann wird das Volk in seiner Gesamtheit, dann werden letzten Endes alle Parteien und alle Schichten daran zugrunde gehen.

Was die Verhältnisse bei uns in Baden betrifft, so darf man der badischen Regierung beiseinigen, daß sie bisher alle vom Rechtsbolschewismus drohenden Gefahren abgewendet hat.

### Reichskanzler Dr. Cuno über Rhein- und Ruhrkampf.

Barmen, 28. Juni. Rheinlands Not, Rheinlands Kampf, Rheinlands Zukunft — das war die Lösung der heutigen Schlußsitzung des rheinischen Provinziallandtages, die durch die Gegenwart des Reichskanzlers Dr. Cuno besondere politische Bedeutung gewann. 129 Abgeordnete, von diesen insgesamt 109 Vertreter der Rheinprovinz, waren anwesend, als gegen 10 1/2 Uhr der Reichskanzler in Begleitung des Reichswirtschaftsministers Dr. Beder im Saale erschien und vom Präsidenten Dr. Jarres im Namen des Provinziallandtages und der gesamten Bevölkerung der Rheinprovinz herzlich willkommen geheißen wurde.

Es folgten die Erklärungen der einzelnen politischen Parteien zur politischen Lage.

Darauf ergriff der Reichskanzler das Wort und führte aus: Die Einigkeit, die in den Erklärungen aller Parteien des Hauses zum Ausdruck kam in dem Willen zur Abwehr gegen Frankreich und gegen die französischen und belgischen Eingriffe in deutsches Land und gegen deutsches Recht machte überwältigenden Eindruck auf mich. Ich wußte zwar, daß es nicht anders sein könnte nach allem, was Sie erfahren, aber daß alle Parteien dieses Hauses sich einig diesem belgisch-französischen Mißbrauch entgegenstellen, das gibt mir die Hoffnung, daß die Abwehr fremder Gewalt vom Rheinland weiß sich die Reichsregierung ein. Ich kann nur immer wiederholen, was von mir bei jeder Gelegenheit erklärt wurde, was ich auch heute wiederhole und was hier offen und feierlich nochmals dokumentiert sei; weil man es nicht oft genug aussprechen kann, daß die Rheinlande und ihre Zugehörigkeit zum Reich und zu Preußen unangetastet bleiben müssen und daß keine irgendwelche verschleierte Form der Annexion, mag sie internationale Gen darmerie oder neutrale Oberaufsicht heißen, für uns diskutabel ist. (Bravo.) Ich wiederhole: Es gibt keine Rheinlandsfrage für die deutsche Regierung, es gibt deshalb keinen Kompromißweg, den wir in dieser Frage betreten können. (Bravo.) In dieser Auffassung ist sich die Reichsregierung einig mit den Regierungen der deutschen Länder.

Ich freue mich und danke dem preussischen Minister des Innern dafür, daß er bei Eröffnung dieser Tagung dem Wort und Sinne nach in gleicher Weise zu Ihnen gesprochen hat, daß es nämlich auch für die preussische Staatsregierung keine Rheinlandsfrage gibt. Und so steht es mit allen Regierungen im Deutschen Reich, und es braucht auch keine Rheinlandsfrage zu geben, denn die Politik, die die Reichsregierung schon vor Eintritt in die Ruhrkristen begann, die sie sicher und in gradliniger Entwicklung während der Ruhrkristen fortsetzte und die sie auch in Zukunft in außenpolitischen Fragen inne halten wird, gibt Ihnen die Gewähr, daß so fest wie in der Rheinlandsfrage stehen, so wenig auf der anderen Seite irgend etwas unterlassen werden soll, was mit dem Bestand, der Einheit und der Souveränität des Reiches vereinbar ist und mit der wirtschaftlichen Zugehörigkeit in Einklang steht, um dadurch Ruhe und Rhein frei zu machen. Es wird alles geschehen, wie es geschehen kann, was ein deutscher Mann beantworten kann, um seinem Vaterlande Freiheit und Weiterentwicklung zu geben. (Bravo.)

Wenn aus Anlaß von Äußerungen, die ich vor wenig Tagen in Königsberg machte, die Rede davon war, daß in dieser besonderen, aber festen Politik irgendeine Schwankung eingetreten sei, so trifft dies in keiner Weise zu. Ich glaube, wir brauchen keine Sorge zu haben in der Rheinlandsfrage, weil das rheinische Volk, Männer und Frauen, die seit den vier Jahren nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Befreiung als treue Deutsche ertragen, ohne daß je an ihrem Deutschtum gezweifelt oder gerüttelt werden konnte, auch jetzt die schwersten 6 Monate über sich ergehen lassen, ohne daß jemand an ihrem Deutschtum oder an ihrem deutschen Herzen zweifeln konnte. Wir wissen Ihnen Dank, daß es so ist, und das gibt uns die Hoffnung, daß die einzige Waffe, die wir in der Hand haben, die Waffe des passiven Widerstandes, uns auch bei einer besonnenen, festen Haltung zu einer Lösung der außenpolitischen Wirren bringen wird. In jener Frage ist die Reichsregierung mit der preussischen Regierung und den Regierungen der Länder einig; Sondermeinungen, wie sie der Leiter eines Landes (gemeint ist die Rede des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner — Red.) in den letzten Tagen geäußert hat, werden zum Ausgleich gebracht werden. Aber eines ist notwendig! Wenn Sie im Kampf gegen den herein gebrochenen Feind täglich Schweres und Schwerstes erdulden müssen, wenn es Ihnen manchmal zu schwer wird, wenn Sie aus Ihrem deutschen Empfinden heraus sich sagen: „Es kann nicht mehr in Ruhe ertragen werden!“ dann bedenken Sie, daß Unbesonnenheiten irgendwelcher Art eine Lösung des Konfliktes nicht bringen werden. Wir müssen besonnen im Rahmen des passiven Widerstandes bleiben; wir müssen die Waffe des Geistes, die einzige Waffe, die wir gegenüber der Waffe der Gewalt haben, anwenden, bis es zu einem guten Ende kommt.

Aber noch ein weiteres: So wenig es zu Unbesonnenheiten kommen darf, ebenso wenig ist ein Anlaß zu Kleinmut und Schwäche vorhanden. Es würde schwer sein, das zu ertragen, was eintreten würde, wenn Sie die Waffe des passiven Widerstandes aus der Hand gäben. (Sehr richtig.) Auf dem Wege, den wir beschritten haben, ist doch wenigstens ein kleiner Schritt vorwärts getan. Durch die Schritte, welche die Reichsregierung getan hat, sind der Welt doch die Augen etwas geöffnet worden. Es sind jetzt Bemühungen im Gange, die großen Fragen vor aller Welt zu klären.

Was will Frankreich? Will Frankreich wirtschaftliche Verhandlungen? Will es Reparationen? Will Frankreich Annexionen? Ich kann Ihnen heute nicht die Frage beantworten, wie lange es noch dauern wird; aber die andere: was wird, wenn die rheinische Bevölkerung nicht, wie es im Inter-

... der Heimat und des Vaterlandes notwendig ist, gewillt wäre — die schweren Lasten zu Ende zu tragen, sondern vorzeitig den passiven Widerstand aufgeben würde? Dann wäre es um Deutschland, um das deutsche Volk, um Rheinland und den wirtschaftlichen Zusammenhang des Rheinlandes mit dem Reich und Preußen geschehen. Dann wären alle Opfer, die zahllosen Opfer an Gut und Blut, an Freiheit und Eigentum vergeblich gebracht. Denen, die ihr Leben für Deutschland im Abwehrkampf hingegeben haben, denen, die im Gefängnis sitzen, denen, die von Haus und Hof vertrieben worden sind, ohne in der Lage zu sein, ein Stück Eigentums mit sich zu nehmen, denen allen geloben wir hier fest und besonnen zu bleiben bis zum guten Ende.

Der Heilige Vater hat in den letzten Tagen, wie ich aus der Presse ersehe, eine Mahnung an die Welt gerichtet, Frieden zu machen und den Willen für Verhandlungsbereitschaft und zur Erfüllung unserer Verpflichtungen, den wir bereits zum Ausdruck gebracht haben, zur Grundlage für den Ausgleich des Konfliktes zu machen. Wir danken, daß dieser Schritt geschehen ist, und wir hoffen, daß auf der anderen Seite das Wort der so neutralen und so hohen Stelle ein williges Ohr findet.

Sagt sich Frankreich von seinen Plänen los und erkennt es Deutschlands Recht auf Freiheit und Leben an, entschließt sich Frankreich, in öffentlicher Rücksprache mit den Alliierten und uns den Tatsachen Rechnung zu tragen, eine Lösung des Reparationsproblems zu suchen, so wird die Verständigung an Deutschland nicht scheitern.

Die Welt braucht Frieden, darum wird auch in Deutschland Jedermann den Ruf zum Frieden und zur Versöhnung, der jetzt von der hohen neutralen Stimme des Heiligen Stuhles in die Welt gegangen ist, mit dankbarer Zustimmung begrüßen. Ich bin überzeugt, daß sie alle diesen Ruf mit tiefer Bewegung gelesen haben. Vor den Augen des Heiligen Vaters, dessen raum- und zeitspannender Blick die Qualen und Leiden des auf uns lastenden Zustandes erkannte, liegt uns daran, offen zu sagen, daß eine schnelle, endgültige Befreiung von fremdem Druck sittliche Pflicht ist.

Wie es der Ruf des heiligen Vaters zum Ausdruck bringt, sind die wichtigsten Ziele unserer Politik gerichtet nur auf Gerechtigkeit und Billigkeit. Eine Lösung des Reparationsproblems und die Befreiung der deutschen Erde wird möglich sein, wenn Sie alle so weiter den Kampf führen, der aus Ihren Kreisen von selbst herausgewachsen ist und nur von Ihnen selbst getragen und weitergeführt werden kann.

Dann muß hinter Ihnen aber auch das ganze Volk stehen, sonst können Sie den Kampf nicht gewinnen und nicht zu Ende führen, und da spreche ich die gleiche Mahnung für Sie im besetzten Gebiet und auch an das deutsche Volk im unbesetzten Gebiet aus: Das deutsche Volk in der Heimat und im besetzten Gebiet muß besonnen und fest bleiben! Unbesonnenheit von deutscher Seite, möge sie nun von rechts oder links kommen, verurteile ich in gleicher Weise, wie alle Dinge, die die Staatsautorität gefährden.

Alles, was Parteihader und Zwiespalt in das Volk hineingetragen hat, muß zurücktreten hinter die große Frage, wie rette ich mein Vaterland, wie gebe ich mein Alles hin für mein Vaterland? (Bravo). Parteipläne können nicht mit Dynamit und Revolver durchgeführt werden.

Die Besonnenheit muß aber auch fest bleiben in der Stimmung. Darauf kommt es an. Nicht sagen, nicht warten, wenn man dieses oder jenes hört, besonders, wenn man in sicherer Gut sitzt, sondern an die Männer und Frauen denken, die täglich ihr Gut und Leben einsetzen, die nicht wissen, wenn sie morgens aus dem Hause gehen, ob sie abends wieder zurückkehren, die mit ihrer ganzen Person, ihrem Leben und ihrer Gesundheit alles hingeben für ihr Volk und Vaterland (Bravo).

So ist das Gebot der Stunde: Besonnenheit, fest bleiben, aber auch einig bleiben, so wie Sie es sind in der großen Kernfrage der rheinischen und westfälischen Freiheit und Existenz. Dieses Einmütige muß in das Volk hineingetragen werden, damit das Volk an Ihrem Beispiel sich erheben kann.

Wenn jemand von Ihnen den Eindruck haben sollte, als ob die Regierung sich in außenpolitischer Hinsicht passiv und unfähig verhielte, so denken Sie daran, daß die Außenpolitik nicht auf der Straße gemacht werden kann. Nicht einen Tag ruhen unsere Bemühungen, das werden dereinst die Akten erweisen, die während dieser Regierungszeit entstanden sind. Aber weder diese Regierung noch eine andere Regierung, wie immer sie auch zusammengesetzt sein mag, kann mit ihren Maßnahmen wirklich das erreichen, was sie erreichen will zum Besten des Ganzen, wenn nicht das Volk, wenn nicht alle Kreise des Volkes hinter ihr stehen. (Sehr richtig).

Denn nicht mit Polizei, nicht mit Strafandrohung werden in der heutigen Zeit, wo die Staatsautorität bedroht ist, wo weite Kreise des Reiches vom Reich abgeschnitten sind, sich die wirtschaftlichen Grundfragen durchführen lassen, die notwendig sind, damit das Volk seinen Schaden leide, damit nicht in irgend einem Punkte unsere Abwehr schwach werde. Dazu gehört die Frage der Währungs, dazu gehört die Frage der Preisstellung, die Frage der Anpassung der Löhne an die Preise, dazu gehört vor allen Dingen die Frage unserer Währung.

Wenn unsere Währung nicht zu halten ist, wenn sie den Weg ins Nichts geht, dann wird sich das Volk mit Recht ein Gefühl der Verzweiflung und Verlassenheit bemächtigen, das nicht nur die Arbeitenden, sondern auch die bürgerlichen Kreise dazu treiben muß, an allem zu verzweifeln. Die Ausführung der wirtschaftlichen Maßnahmen kann nicht von der Polizei und den Gerichten allein gesichert werden. In dieser Lebensfrage unseres Vaterlandes muß der Sinn für die Allgemeinheit dem Egoismus vorangestellt werden. Es gibt noch eine deutsche Kaufmannschre. Gerade vom Standpunkt dieser deutschen Kaufmannschre aus sollte es nicht möglich sein, daß die Börse und sonstige am Außenhandel beteiligte Kreise diejenigen Pläne sind, die auch heute noch zum Schaden des ganzen Volkes, wo alles auf dem Spiele steht, Spekulation treiben.

Diese Frage ist eine der Kernfragen für Sie und für uns. So richte ich auch heute besonders hier an Sie die aufrichtige Bitte, gerade in dieser Frage unter Zurückstellung eigener Interessen in finanziellen Fragen Ihre Schuldigkeit zu tun. Ich richte diese Mahnung zugleich auch an die in der Heimat am Außenhandel beteiligten Kreise, damit sie ebenso einig, wie sie in der Außerfrage sind, in der Abwehr des fremden Eingriffes zusammenbleiben. Besonnen und fest entschlossen, einig und opferbereit, so allein kann die Frage der Ruhr und die Frage, die Ihnen und mir am meisten am Herzen liegt, die Rheinlandsfrage, zum guten Ende durchgeführt werden.

Seien Sie versichert — und das sind nicht Worte, das sind Empfindungen, die aus meinem Herzen kommen — daß von mir aus alles geschehen wird ohne jeden Unterschied der Klassen, ohne jeden Unterschied der Parteien, ohne jeden Unterschied der Berufsklassen, daß alles geschehen wird, was dem deutschen Volk, was der deutschen Einheit, was der deutschen Freiheit und Unabhängigkeit nützlich sein kann (Bravo).

Dies ergibt das einfache, in eine kurze Formel gebrachte Programm dieser Regierung. Ich hoffe, daß Sie alle und auch in späteren Zeiten sagen können, daß das deutsche Volk sich in allen seinen Schicksalen und zusammen mit seiner Regierung sich würdig erwiesen hat des deutschen Namens und der deutschen Ehre (Lebhafter Beifall und Handklatschen).

## Politische Neuigkeiten. Eine Kundgebung des Papstes zur Reparationsfrage.

Rom, 28. Juni. Der Papst hat an den Kardinalstaatssekretär Gossari ein Schreiben gerichtet, in dem er auf seine wiederholten seit Beginn seines Pontifikats für die Ruhe Europas und das Heil der Nationen unternommenen Versuche hinweist, einen wahren Frieden und ein dauerndes Einvernehmen unter den Staaten herbeizuführen. Die internationalen Beziehungen hätten sich jedoch nicht nur nicht gebessert, sondern vielmehr verschlechtert derart, daß sie für die Zukunft zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gäben.

Der Papst hebt hervor, daß er gegenüber dieser Lage nicht gleichgültig bleiben könne. Er muß von jeder Gelegenheit Gebrauch machen, die sich ihm biete, um bei der Herstellung des Friedens mitzuwirken. Deshalb halte er es für seine Pflicht, während zwischen den am Konflikt am meisten beteiligten Mächten neue Vorschläge und neue diplomatische Verhandlungen vorbereitet würden, um eine freundschaftliche Lösung der Mittelmeer- und insbesondere unheimlich alle Nationen bewegenden Fragen zu finden, seine unparteiische und wohlmeinende Stimme zu erheben. Im Bewußtsein der schweren Verantwortlichkeit, die ihm und allen denen zufalle, die in ihren Händen die Geschicke der Völker halten, richte er an sie die inständige Bitte, die verschiedenen Fragen, so die Frage der Reparationen im Geiste des Christentums nach einmal zu prüfen, der die Forderungen der Gerechtigkeit nicht von denen der Warmherzigkeit scheide, auf der das Leben der Völker beruhe. Wenn in der Absicht, die sehr schweren Schäden, die der Welt durch ebendiese blühender Länder zugefügt worden seien, wieder herzustellen, der Schuldner einen Beweis des guten Willens, zu einer billigen und endgültigen Verständigung zu gelangen, gebe, indem er ein unparteiisches Urteil über die Grenzen seiner Zahlungsfähigkeit anrufe und den Schiedsrichtern alle Mittel einer ernsthaften und genauen Kontrolle zur Verfügung stelle, verlange es die Gerechtigkeit und Nächstenliebe gleichmäßig das Interesse der Gläubiger selbst und aller der Mächte, die sich nach Ruhe schenken. Wäre, daß von dem Schuldner nicht verlangt werde, was er nicht leisten könnte, ohne seine Quellen und sein Produktionsvermögen bis zu seiner völligen Vernichtung und bis zur Vernichtung seiner Gläubiger selbst zu erschöpfen, nicht zu reden von der Gefahr sozialer Umwälzungen, der der größte Ruin ganz Europas und eine ständige Gefahr neuer und noch verderblicherer Verwüstungen wäre. Es sei gerecht, daß die Gläubiger ihren Forderungen entsprechende Bürgschaften verlangen. Ihnen sei es zu überlassen, zu prüfen, ob es tatsächlich notwendig sei, unter allen Umständen die Besetzung von Gebieten aufrecht zu erhalten, die für das besetzte Land und die besetzenden Völker mit großen Opfern verbunden sei, oder ob es nicht besser wäre, die Besetzung durch schrittweise einzuführende andere Bürgschaften zu ersetzen, die nicht weniger wirksam und sicherlich schwerer zu erfüllen wären. Wenn die beiden Parteien sich auf dieser Grundlage einigten, würde die Besetzung von Gebieten alsbald gemindert und nach und nach gänzlich aufgehoben werden. Dann könnte endlich der wackelige Friede zwischen den Völkern hergestellt werden, der gleichzeitig die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Wiederherstellung sei, die von allen Seiten so dringend gewünscht wird. Die Herstellung des Friedens und die wirtschaftliche Wiederaufbauung seien für alle Nationen, siegreiche und besiegte, gleich große Güter, so daß, um sie zu erlangen, keine notwendigen Opfer zu schwer sein sollten.

## Die Ruhrpolitik Frankreichs.

Berlin, 28. Juni. Über neue Veranlassungen der Reichsbank durch französische Truppen im besetzten Gebiet wird mitgeteilt: Am 28. Juni drangen die Franzosen in die Reichsbankstelle Mülheim (Ruhr) ein und entwendeten aus dem Tresor, dessen Öffnung sie unter Todesdrohungen erzwingen, 7 Milliarden Mark. Am gleichen Tage raubten sie aus der Reichsbank-niederlassung Oberhausen 2844 Millionen Mark. Die Gesamtsumme der der Reichsbank entwendeten Beträge steigt hiermit auf rund 10 Milliarden Mark. Auch die Fälschungen deutschen Papiersgeldes durch die Franzosen dauern fort. Am 28. Juni drangen französische Kriminalbeamte auch in die Räume der Reichsbankstelle Mülheim ein, wo die von einer Privatdruckerei noch nicht fertiggedruckten Notenbogen nummeriert und geschnitten wurden. Sie zwangen die dort beschäftigten Arbeiter zur Nummerierung und Schneidung und nahmen die in solcher Weise gefälschten Notenformulare mit sich, offenbar, um sie in Umlauf zu setzen.

Mainz, 28. Juni. Die Ausweisungen aus Rheinhesen nehmen einen Umfang an, der alles bisherige weit übersteigt. Innerhalb vier Tagen wurden etwa 1500 Eisenbahner mit ihren Familien unter Zurücklassung fast ihrer gesamten Habe aus der Heimat vertrieben. Allein an Eisenbahnern dürften somit jetzt 300 Familien mit einer Kopfzahl von über 10 000 Personen ausgewiesen sein. Ein großer Teil der neu Ausgewiesenen wurde über Darmstadt nach Bayern (Unterfranken) weiterverleitet und fand liebevolle Aufnahme. Aus Worms wurde Oberbürgermeister Köhler ausgewiesen. Köhler ist hessischer Landtagsabgeordneter. Da in Mainz, Bingen, Alzen und Ingelheim die Oberbürgermeister oder Bürgermeister bereits vor Monaten ausgewiesen wurden, so sind nunmehr aus sämtlichen Städten und größeren Orten Rheinhesens die Gemeindevorstände vertrieben. — Der Syndikus der Mainzer Handelskammer, Herr Dr. Meesmann, der seit drei Monaten im Gefängnis gehalten worden ist, wurde gestern ebenfalls ausgewiesen.

## Der Mord an Kadow.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Im Zusammenwirken der Berliner politischen Polizei mit der mecklenburgischen Landeskriminalgeldizei wurde ein politischer Mord der Hochschule aufgedeckt. Mehrere der an dem Mord Beteiligten sind von der Polizei in Mecklenburg und in Berlin festgenommen worden.

Aber die Vorgänge, die zu diesen Polizeimaßnahmen führten, sei in Ergänzung unserer Meldung in Nr. 145 der „Rechtsruher Zeitung“ noch folgendes berichtet:

Am Abend des vergangenen Freitag (22. Juni) erschienen in der Redaktion des „Vorwärts“ zwei junge Leute, welche Angaben über die Hochschülerorganisation in Mecklenburg machten, und zugleich über einen politischen Mord berichteten, der in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni d. J. in der Nähe von Rarhim (Mecklenburg) von Hochschülern begangen sein sollte. Nach dem Bericht war der Ermordete ein gewisser Walter Kadow, der bis vor kurzem ebenfalls einer Hochschülerorganisation in Mecklenburg, dem sogenannten „Verein für landwirtschaftliche Berufsausbildung“, angehörte. Er sei der Feme verfallen, weil seine Kameraden ihn im Verdacht der „Spitzellei“ gehabt hätten.

Die in Rarhim und Umgegend einsehenden Ermittlungen bestätigten die Angaben der beiden Gewährsmänner. Man fand an angegebener Stelle, die in einer Waldschonung in der Nähe von Rarhim gelegene Leiche des Kadow, und nahm vier am Mord Beteiligte fest. Sehen drei weitere, bis-

her noch nicht ergriffene Personen, ist Haftbefehl erlassen. Bei allen sieben strafrechtlich Verfolgten handelt es sich um Mitglieder der in Mecklenburg noch nicht aufgelösten „Deutsch-völkischen Freiheitspartei“ sowie um Angehörige der obengenannten Hochschülerorganisation „Verein für landwirtschaftliche Berufsausbildung“. Nach dem Ergebnis der bisherigen Vernehmung handelt es sich tatsächlich um einen aus politischen Gründen begangenen Mord. Man besetzte Kadow, weil man ihn des Doppelspiels mit der kommunistischen Partei für verdächtig hielt. Die Ermordung erfolgte in geradezu viehischer Weise. Kommandos verschiedener Mecklenburgischer Hochschülertruppen, die in einer Gastwirtschaft zu Rarhim zusammenberufen waren, machten Kadow zunächst betrunken. Nach Schluß der Polizeistunde fuhren sie ihn in einem Wagen aus Rarhim hinaus, zerrten ihn im Wald vom Wagen herunter, schlugen mit Baumstämmen auf Kadow ein, bis er bewusstlos war und trafen ihn mit Stiefelabsätzen ins Gesicht. Der bestimmungslos und stark blutende Kadow wurde dann erneut auf den Wagen geladen und in einer Waldschonung wieder vom Wagen heruntergeschleift. Hier schnitt ihm einer der Täter die Kehle durch, zwei andere jagten ihm aus Armeerevolvern drei Kugeln in den Kopf. Man ließ die Leiche an der Mordstelle bis zum nächsten Morgen liegen und scharte sie dann ein.

Dem „Vorwärts“ wird aus Rarhim über die Tat folgendes berichtet:

Der in Rarhim ermordete Walter Kadow ist wie fast alle, die zur Arbeitsgemeinschaft Rarhim gehören, noch jung gewesen. Er ist etwa über 23 Jahre alt, im Kriege bis zum Oberleutnant gekommen und nach dem Kriege wurzellos und ohne dauernde Erziehung hin und her getrieben. Zuletzt war er in Wismar in einer Fabrik als Arbeiter und dann auf einem Gut als landwirtschaftlicher Erbe beschäftigt. Die Rarhimer Deutschvölkischen hatten ihn seit längerer Zeit im Verdacht der Spitzellei zugunsten der Kommunisten, für die er in Wismar auf der Fabrik gearbeitet haben soll. Es war infolgedessen bei den Deutschvölkischen, die in Rarhim und in der ganzen Umgebung wie überhaupt in ganz Mecklenburg auf allen Gattungen ihre festen Verbindungen und Organisationen haben, offenbar beschlossene Sache, Kadow zu besitzigen.

Als Kadow am Nachmittag des 31. Mai nach vorübergehender Abwesenheit wieder Rarhim bei dem dortigen Sekretär der deutschvölkischen Ortsgruppe, einem gewissen Masolle, erschien, wurde sofort der ganze auf funktionierende Organisationsapparat der Bande in Bewegung gesetzt. Kadow wird in einer Kneipe festgehalten und mit den nötigen Mengen Alkohol unter Druck gesetzt. Inzwischen arbeitet das Telefon und verhängt die umliegenden Güter. Masolle selber fährt mit einem Motorrad in die Umgebung und holt zuverlässige Leute heran. Abends zwischen 8 und 10 Uhr ist der Leutnant von „Kommandos“ angeführt. Mindestens 25 bis 30 hand- und trinfeste Hochschüler sind versammelt. Kadow ist bereits um 9 Uhr so vollständig betrunken gemacht, daß er seiner Sinne nicht mehr mächtig ist. Die Hauptlinge, Masolle, ein Rarhimer Fabrikant Theo von Harb, ein Fähnrich Doeh (auf dem Gut Herberg beschäftigt), ein gewisser Pfeiffer und Zabel, die ihm später den Gnadenstoß gegeben, beschlagnahmten die Papiere Kadows in der nebenanliegenden Wohnung Masolles. Die Papiere sollen Verbindungen Kadows mit den Kommunisten bestätigen haben. Masolle, der inzwischen wieder in Freiheit gesetzt ist, will von einer „Verurteilung“ — denn davon ist natürlich bei den Ausfäher der Helden immer nur die Rede — nichts haben wissen wollen. Ebenso der ehrenwerte v. Harb. Das hat beide nicht gebindert, die beträchtlichen Kosten des Saufgelages zu begleichen, mit dem diese Mißhandlung Kadows eingeleitet wurde. Gegen 11 Uhr ist Polizeistunde. Politisten kommen vorbei und verlangen die Schließung des Lokals. Man läßt den vollständig betrunkenen Kadow auf einen Jagdwagen, rechts von ihm ein gewisser Zerk, links Zabel, ihm gegenüber mit dem Revolver in der Hand, Fähnrich Doeh. Auf den Trittbrettern und auf dem Bod die übrigen, insgesamt 8 Personen.

In der kühlen Nachtluft kommt Kadow wieder zur Besinnung, er will sich wehren. Durch die Drohung mit dem vorgehaltenen Revolver wird er zum Schweigen gebracht. Vier bis fünf Kilometer hinter der Stadt läßt man das Opfer ab. Mit Gummistriemen und abgehorchten Baumstämmen und Ästen wird der mühsam Tortelnde hochstäblich zerfälscht. Der Schädel bildet eine flache Wunde, blutüberströmt und röhrend sinkt er zusammen, macht immer wieder Versuche, sich seiner Peiniger zu erwehren. Schließlich, als man sieht, daß er „genug bekommen“ hat, läßt man ihn wieder auf den Wagen und fährt noch einige hundert Meter weiter in eine Waldschonung, 300 Meter abseits der Rarhimer Chauffee. Mit Stiefelabsätzen hat man das Gesicht bearbeitet. Wiedemher, einer dieser Banditen, springt dann, als die Last abgeladen, auf ihn zu und durchschneidet ihm mit einem Jagdmesser die Kehle. Fähnrich Doeh und Zabel jagen ihm jedoch drei Kugeln als „Gnadenstoß“ durch den Kopf. So läßt man dann mitten in der Nacht — inzwischen ist es 1/1 Uhr geworden — die Leiche in der Schonung liegen. Der Wagen wird zur nahen Ziepelie Neuhof gebracht, in der Nacht gewaschen und gereinigt.

Am anderen Morgen gehen Doeh und Zabel mit Bide und Spaten in den Wald und verschanden die Leiche metertief unter die Erde. Kadow ist verdammt. Niemand fragt nach ihm. Im Ort wird das Gerücht verbreitet, er sei ins Ruhrgebiet gefahren. Aber wird im Ruhrgebiet nach ihm suchen! Seine Mutter, die an sein Abenteuerleben gewohnt ist, wundert sich nicht, daß sie wochenlang nichts erfährt. Sie rechnete damit, daß er eventuell sie jährelang ohne Nachricht läßt. Die Täter werden von den Drahtziehern der Organisation bald nach der Tat geschickt zerstreut, nach Oberpöhlen, nach Hannover, ins Ruhrgebiet usw. Noch zwei, drei Monate und niemand hätte je etwas von dieser Wutlat erfahren. Die blutige Mordtat ist also in all ihren Einzelheiten bis zur letzten Kleinigkeit aufgedeckt. Strittig können nur noch ganz untergeordnete Punkte sein, vielleicht werden die edlen Brüder sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben suchen. Das amtliche Ergebnis der Obduktion der am Sonntag in Weisen der Staatsanwaltschaft ausgegrabenen Leiche steht noch aus, es wird aber nur eine Bestätigung bringen können. Die früher verhafteten Täter sind gefanda. Frei herumlaufen nur die Drahtzieher und Inspiratoren, aber auch sie werden ihrem Schicksal nicht entgehen können, denn angesichts solcher wichtiger Gemeinheiten dürfte die Geburt des langmütigen Ephebers erschöpft sein.

Im Mecklenburgischen kaufen die Banditen, als wenn sie die Herren der Welt wären. Auf dem Gut Neuhof, auf dem — bezeichnend für die wahren Zusammenhänge — vier Tage vor Aufdeckung der Mordtat eine Schlageter-Feier mit allem dazu gehörenden militärischen Klombim stattfand, wurde bei der Gelegenheit der ersten Verhaftung ein schweres Maschinengewehr ausgehoben. Die Hochschüler-Banden bilden dort einen Staat im Staate. Die Anmeldefrist, die man durch ein eigenes erlassenes Gesetz hat durchbrechen wollen, wird fast nirgends beachtet, wenn nicht gerade sozialdemokratische Gemeindevorsteher auf dem Koffen sind. Dann geht man eben einfach auf ein anderes Gut. Die Herren Gutbesitzer wissen natürlich im Ernstfall von nichts. Der Meister von Neuhof bebaut den „besagten Wertes Vorfall sehr tief“. Dabei steht fest, daß die Abteilungs- und Truppenführer dieser überall

Erwünschten - Nachschanden immer mit den Gutbesitzern zusammenarbeiten. Rosbach läßt durch seine Zentrale in Mannheim die ganzen Leute inspizieren. Von der Zentrale aus werden die Leute weiter verschickt, überhaupt alle wichtigen Personalfragen geregelt. Bezweifelt ein Mensch in ganz Deutschland, daß die Beseitigung Unbekannter nicht auch unter der 'Resort der Leitung' fällt?

Staatsanwälte brauchen das bekanntlich nicht zu wissen. Deswegen sind die beiden Leiter der Parthimer deutschösterreichischen Ortsgruppe sofort wieder in Freiheit gesetzt. Ob die medienburgische Regierung jetzt noch zögern wird, die deutschösterreichische Nordpartei aufzulösen und die Nordorganisationen schloß zu entwaffnen und unschädlich zu machen? Keine Minute darf gezögert werden. Nicht nur dieser graufige Nord, auch die Amentale im Ruhrgebiet, denn alles stammt aus einer Quelle, zeigen, daß Eile not tut.

Die Untersuchung über den Mord der Rosbachleute in Paris liegt jetzt in den Händen der medienburgischen Justizbehörden. Inzwischen sprechen Angehörige dafür, daß die Angelegenheit dem Staatsgerichtshof in Leipzig übertragen wird, denn es hat sich immer deutlicher herausgestellt, daß die Angelegenheit im engsten Konnex mit der Rosbach-Organisation als solcher steht, gegen die bekanntlich das Auflösungsverfahren vor dem Reichsgerichtshof noch schwebt. Es ist der Berliner politischen Polizei gelungen, sehr wichtige Tatsachen festzustellen, die den Zusammenhang zwischen den leitenden Stellen der Rosbach-Organisation und den am Feme-Mord Beteiligten betreffen.

Berlin, 28. Juni. Wie die Blätter melden, sind in der Parthimer Nordpartei auf Veranlassung des medienburgischen Ministerpräsidenten und Ministers des Innern Stellung (der medienburgische Ministerpräsident und Innenminister Stellung) gehört der Sozialdemokratischen Partei an und ist Mitglied des Reichstages) drei weitere Personen verhaftet worden. Es handelt sich um den Oberleutnant a. D. Friede, Oberleutnant Reuiss, Bezirksleiter der Rosbach-Organisation in Paris, und um den Rittergutsbesitzer Schmütken in Neuhof bei Paris. Die Verhafteten sind der Begründung des Mordes verdächtig.

Regensburg, 26. Juni. Über die Ereignisse bei einer Jahrschau der Hakenkreuzler in Passau, bei der Hitler persönlich anwesend war, meldet unser Parteiblatt in Regensburg: Von Festzug aus überfiel man die Straßenspektanten und Zuschauer, rief ihnen die Absichten von den Rednern, so daß die Festen davon hingen, schlug mit Gummiknüppeln auf sie ein, ohne daß sie das geringste gemacht hätten. In der Thierstraßenstraße wurde der Arbeiter W. ohne jeden Anlaß niedergeschlagen, so daß er betäubt liegen blieb, weil er ein republikanisches Abzeichen trug. Dem Arbeiter R. wurde aus dem Festzug heraus der linke Wadenknöchel mit einem Schlagstein zertrümmert. Im Laufe des Nachmittags zogen 18-20 Truppen in Stärke von je 10 Hitlergardisten durch die Stadt und bedrohten die Passanten mit Revolvern und Gummiknüppeln. Einschreiten der blauen Polizei war größtenteils erfolglos, weil die Mehrzahl der Hakenkreuzler Waffenschirme besaß. Nachts überfiel ein Trupp von etwa 50 Mann das Verkehrslokal der freien Gewerkschaften, eröffnete das Feuer auf die dort aufgestellten Wachtposten, zog sich dann aber beim Erscheinen der blauen Polizei zurück. Nur der Disziplin der organisierten Arbeiter ist es zu danken, daß es nicht zu schwerem Blutvergießen kam.

## Kurze Nachrichten.

London, 28. Juni. Reichswirtschaftsminister Dr. Beder äußerte sich in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des Daily Telegraph über die augenblickliche Lage in Deutschland. Dem Berichterstatter zufolge gab der Minister zu, daß es unnützlich sei, alle durch künstliche Mittel die Markt zu stabilisieren. Er habe jedoch erklärt, die Regierung könne im gegenwärtigen Augenblick der Entwicklung nicht untätig zusehen. Wenn die Entwertung fortwähre, drohen ernste wirtschaftliche und politische Folgen.

Auf die Frage über die Aussichten von Reparationszahlungen antwortet der Minister, er könne nur seiner persönlichen Ansicht Ausdruck geben, die dahingehende, daß die Franzosen unachgiebig seien, als je. Auf jeden Fall scheint dies zu sein. Ob sie es in ihrem inneren Herzen wirklich sind, könne er nicht beurteilen. Aber alles hänge von den übrigen Entente-Mächten und davon ab, ob es diesen gelingen werde, Frankreich zu beeinflussen.

Wenn Frankreich sehe, daß es nach 6monatiger Ruhrbesetzung nichts erreicht und in Gefahr sei, isoliert zu werden, werde es aufhören, mit dem Kopfe gegen die Wand zu rennen. Günstiglich des passiven Widerstandes erklärte der Minister, dieser sei von der Regierung nicht angeordnet und könne durch sie auch nicht widerrufen werden.

Er sei nur eine Folge des von den Franzosen ausgeübten Druckes und werde von selbst aufhören, wenn dieser Druck beseitigt sei. Sobald die Franzosen aufhörten, immer wieder Hunderte von Ausweisungen zu verhängen und sobald die Hindernisse, die sie dem Verkehr in den Weg gelegt hätten, beseitigt seien, werde die Erhellung der Bevölkerung, die die Quelle des passiven Widerstandes ist, aufhören. Augenblicklich sei der Geist der Bevölkerung so fest wie je.

Die Organisation der Arbeitsgerichte nach dem Regierungsentwurf, der für die Gesamtheit der Arbeitnehmerchaft eine sozial ausgestaltete Gerichtsbarkeit schaffen will, sieht paritätische Besetzung durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter und als Vorsitzenden einen ordentlichen Richter vor, den die Landesjustizverwaltung im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für die Sozialverwaltung bestellt. Die Bestellung der Vorsitzenden, die das Vertrauen der Rechtssuchenden besitzen müssen, soll im allgemeinen zeitlich begrenzt sein. Nach mindestens dreijähriger Amtsdauer können sie auf Lebenszeit bestellt werden. Die Weisungen werden von der Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppe des zuständigen Bezirkswirtschaftsrats - bis diese entstehen, durch die oberste Landesbehörde für die Sozialverwaltung auf Grund von Vorschlagslisten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ernannt - auf 6 Jahre gewährt. Bei juristischen Personen treten an die Stelle der Arbeitnehmer die gesetzlichen Vertreter. Mit Rücksicht auf die Vielgestaltigkeit der Arbeitsverhältnisse ist die Einrichtung besonderer Kammern vorgesehen. Jede Kammer des Arbeitsgerichts entscheidet in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Weisern, von denen der eine Arbeitgeber, der andere Arbeitnehmer sein muß. Die Weisungen führen ihr Amt ehrenamtlich; sie erhalten angemessene Entschädigung für Verdienstausschlag und Aufwand. Um eine Besetzung mit Weisern zu sichern, stellt der Entwurf vor, daß die Weisungen der Angestellten und die der Arbeiter je in einem besonderen Verein gewählt oder ernannt werden. Das gleiche gilt für die Weisungen aus den Kreisen der Hausangestellten usw. und deren Arbeitgeber, deren besondere Verhältnisse, wie übrigens auch bei sonstigen Gruppen der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, berücksichtigt werden sollen. Nach Bedürfnis können Kammern für die Arbeitsverhältnisse bestimmter, insbesondere sachlich geglieder-

ter Gruppen der Angestellten oder Arbeiter, gebildet werden. In solchen Fällen sollen auch die Arbeitgebervertreter dem Berufs- oder Gewerbebezweige angehören, für den die Kammer gebildet ist. Die zweite Instanz bilden die Landesarbeitsgerichte, bestehend aus dem Vorsitzenden und Arbeitsrichtern aus dem Kreise der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Oberste Instanz ist das Reichsarbeitsgericht, das mit fünf Mitgliedern des Reichsgerichts und je einem Reichsarbeitsrichter, auf Vorschlag der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Reichswirtschaftsrats, besetzt ist.

## Badische Uebersicht.

### Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 28. Juni. In der Nachmittagsung erörterte der Abg. Schrant (Landbund) die Zustimmung des Landbundes zum Stammgütergesetz.

Im Schlusswort behandelte der Berichterstatter Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe (Zentr.) die zahlreichen in der Aussprache vorgetragenen Fragen und Auffassungen. - Nach persönlichen Bemerkungen des Abg. Dr. Glodner trat das Haus in die Spezialberatung ein.

Abg. Frau Unger (S.) sprach nochmals für die Sozialisierung der Stammgüter.

Ein dahingehender Antrag, mit dem sich der Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) prinzipiell einverstanden erklärte, wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Eine Reihe von Paragraphen fand mit geringen Änderungen in der Ausschussfassung Annahme, nachdem weitergehende Anträge des Ausschusses auf Prüfung der Frage, ob das Land Baden moralisch oder rechtlich berechtigt ist, wegen dieser tatsächlichen Aufwendungen für die Domkirche in Freiburg auf Ständeherrn teilweise seinen Rückgriff zu nehmen.

Das Ergebnis der Prüfung soll dem Hause in Form einer Denkschrift mitgeteilt werden.

Die standesherlichen Eingaben wurden für erledigt erklärt. Es folgten eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. Schmidt-Breiten (D.-M.) berichtete Johann über die Vorlage zur Änderung des Sparkastengesetzes. Diefelbe weist den Sparkasten zur Erhöhung ihres Umlages neue bankmäßige Aufgaben zu und will die Erhöhung der Beiträge durch Vermehrung der Umlagemöglichkeiten erreichen.

In der Aussprache wurde das Gesetz von dem Abg. Fischer-Freiburg (Zentr.) lebhaft begrüßt. Diefelbe soll die Sparkasten wieder dahin bringen, was sie vor dem Kriege waren: Ein wichtiges Glied in unserem Wirtschaftsleben. Neben dem Spar- könne sie künftig auch das Kreditbedürfnis ihrer Kunden befriedigen.

Abg. Dr. Wettes (D. Vpt.) erklärte sich mit der Absicht des Gesetzes einverstanden. Die Banken und Genossenschaften bräuchten von einer Konkurrenz der Sparkasten nichts zu fürchten. Der Redner hätte gern den Haftungszwang der Gemeinden auf alle Geschäfte ausgedehnt gesehen. Das werbende Geschäft sei heute eines der unproduktivsten im Lande und leistungsfähig durchzuführen. Die Sparkasten würden in Zukunft nicht mehr im gleichen Maße das Institut des kleinen Mannes sein. Ihrer dürfte sich mehr und mehr die Geschäftswelt bedienen. Daß die Sparkasten zu einem Erwerbsunternehmen werden, sei nicht gerade ein Glück.

Abg. Graf (Soz.) stimmte der Vorlage zu, da sich eine Stützungsaktion für die Sparkasten als unbedingt notwendig erweist. Diefelben hätten nicht nur den Kampf gegen die Geldentwertung zu führen, sondern auch gegen die Wankvereinnigung, welche die Entwicklung der Sparkasten freudig verfolge. Das Moment der Gemeinnützigkeit der Sparkasten dürfe man nicht außer Acht lassen. Für die Sicherheit der Sparkasten sei reformiert. Soweit könne man aber nicht gehen, die Bürgerschaft der Gemeinde für alle Geschäfte auszusprechen. Ein gewisses Risiko müsse überall bei derartigen Geschäften getragen werden.

Abg. Frau Unger (Komm.) stimmte der Vorlage zu und bedauerte, daß nicht schon früher den Sparkasten die erweiterten Befugnisse gegeben wurden.

Abg. Hagin (Landbund) hält das Gesetz gleichfalls für einen bedeutenden Fortschritt.

Damit ist die Rednerliste erschöpft. In der Einzelberatung begründete

Abg. Dr. Führ einen Zentrumsantrag zum § 11, wonach Ziffer 5, Absatz 4, folgende Fassung erhalten soll: „Die Darlehen auf Schuldscheine und gegen solche Wechsel, aus denen keine deutsche Bankfirma herleitet, sowie die Darlehen in laufender Rechnung, dürfen insgesamt 60 vom Hundert der gesamten Anlagen der Sparkasse nicht übersteigen.“

Der Antrag wurde nach kurzen Bemerkungen der Abg. Müller (Zentr.) und Schmidt-Breiten (Dnt.), sowie des Ministerialdirektors Dr. Leers, der ihm widersprach, mit Mehrheit angenommen und dann dem ganzen Gesetz unter obiger Änderung in beiden Lesungen einstimmig Zustimmung erteilt.

Abg. Müller (Zentr.) erstattete Bericht über das Nealltagsgesetz. Artikel 28 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch soll dahin geändert werden, daß künftig die Verpflichtung zur wiederkehrenden Lieferung elektrischer Arbeit als Nealltag begründet werden kann. Das Justizministerium wird außerdem ermächtigt, auch andere Arten von Leistungen allgemein zur Nealltag zuzulassen.

Der Vorlage wurde ohne Aussprache in beiden Lesungen zugestimmt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung unbestimmt. Schluß 10 Uhr.

Die nationalsozialistische Deke unter den Karlsruher Studenten. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Landtag folgende Forderung eingeleitet:

Vor einiger Zeit wurde in Karlsruhe unter den Studenten der Technischen Hochschule ein Flugblatt verbreitet, in dem es heißt:

Ist der Regierung die Verbreitung dieses Flugblattes einer verbreiteten Organisation bekannt?

Sind Verfasser und Verbreiter dieses in mehrfacher Weise gegen die Strafgesetze verstoßenden Flugblattes festgesetzt?

Sind Strafverfahren gegen sie eingeleitet? Welches ist der Stand dieses Verfahrens?

Kann Auskunft darüber gegeben werden, ob von Seiten der Regierung das Erforderliche geschehen ist, um die Republik gegen die gewaltsamen Anschläge zu sichern, die in diesem Flugblatt angedroht sind?

Kann Auskunft über die nationalsozialistische und dieser gleiche verbundene Agitation unter den Studenten der badischen Hochschulen gegeben werden?

Welche Maßnahmen sind seitens der Regierung ergriffen oder beabsichtigt, um zu erreichen, daß auch an den Hochschulen Studierende und Lehrer die Gesetze achten?

## Die Teuerung in Baden im Monat Juni.

Die vom Statistischen Landesamt berechnete Landesindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) betragt nach dem Stand vom 20. Juni 808 363, d. h. die Teuerung der Lebenshaltungskosten ist auf das 808 3/4fache gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen. Bei Berücksichtigung der Indexziffer vom vorletzten Stichtag (6. Juni) ist ein weiteres Steigen der Teuerung um 246 107 Punkte oder 48,8 Prozent eingetreten. Bei Gegenüberstellung der Durchschnittsindexziffer vom Monat Mai mit 358 774 beträgt die Zunahme der Teuerung nach der Durchschnittsindexziffer vom Monat Juni (mit 686 300) 91 Prozent.

### Radek und Schlageter.

In der Sitzung der erweiterten Exekutive in Moskau am 20. Juni, in der die Frage des internationalen Faschismus erörtert wurde, hielt Karl Radek eine Rede, die in großer Aufmerksamkeit auf der ersten Seite der 'Roten Fahne' veröffentlicht wird. Die Referentin Klara Zetkin hatte die sozialen und politischen Wurzeln des Faschismus aufgedeckt. Karl Radeks Rede mündete aus in einer Verherrlichung Leo Schlageters, des faschistischen Nationalhelden, dem so von herausener Seite die kommunistischen Weiber erteilt worden sind.

Man traut seinen Augen kaum, wenn man in dieser Rede folgende Sätze liest:

„Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrig gewürdigt zu werden. . . Wenn die Kreise der deutschen Faschisten, die ehrlieh dem deutschen Volke dienen wollten, den Sinn der Geschichte Schlageters nicht verstehen werden, so ist Schlageter umsonst gefallen, und dann sollten sie auf sein Denkmal schreiben: Der Wanderer in Nichts.“

Mit welcher Annahme die Hakenkreuzler am Weidigungsstage in Schönnau auftraten, darüber liegen sehr bezeichnende Nachrichten vor. Der Vertreter einer auswärtigen Zeitung (nebenbei gesagt keiner sozialdemokratischen) wollte die Eltern Schlageters am Weidigungsstage persönlich sprechen. Diese Absicht konnte er nicht ausführen, weil die mit der Leiche gekommene Ehrengarde das nicht zuließ. Diese hatten vor der Wohnung Kosten aufgestellt, dem Pressevertreter wurde der Zutritt mit der Motivierung verweigert, jede Mitteilung an die Presse gehe nur durch sie, die Hakenkreuzlergesellschaft.

Zahlreiche Hakenkreuzler aus München und andern Kläben waren zur Weidigung Schlageters in Schönnau eingetroffen. Ein ausgedehnter Wagenpark von Automobilen brachte diese neuzeitlichen „Retter“ Deutschlands nach dem Biefental, viele, die in den Gasthöfen von Schönnau kein Unterkommen finden konnten, zogen hinaus auf die Höhe des „Wiedener EA“, wo das Gasthaus so von Automobilen umlagert war, daß man glauben konnte, es stände ein Automobilrennen bevor.

Die Automobil-Schaustellung scheint bei den Deutschösterreichischen im Biefental Schule zu machen, den jeder reichgewordene Schieber, der sich dem Bunde der Hakenkreuzler zurechnet, ist seitdem bemüht in den Besitz eines eigenen Autos zu kommen.

## Reichswehr u. Hakenkreuzler in Willingen.

Das sozialdemokratische Blatt in Singen berichtet:

Beim Reichswehrcorps in Willingen sind Zeitfreiwillige, die sich bei erfolgten Zusammenstößen zur Hitlergarde bekannten. Die auf Grund dieser Vorgänge an den badischen Staatspräsidenten, Minister Memmele, gerichteten Fragen haben nun von Seiten des Staatspräsidenten folgende Antwortung erhalten:

Badisches Staatsministerium,  
Der Staatspräsident.

Karlsruhe, den 23. Juni 1933.

Zu dem Artikel „Hitler-Gardisten bei der Reichswehr in Willingen“ in Nr. 42 des „Volkswille“ vom 22. Juni d. J. habe ich zu bemerken, daß wir von einer Einstellung von Zeitfreiwilligen beim Reichswehrcorps in Willingen bisher nichts bekannt war. Bekannt ist mir nur, daß solche Vorgänge mit der Hitlerbewegung direkt nichts zu tun haben. Wenn Studenten Redensarten führten, die einer Sympathie für die Hitlerbewegung gleichkommen, so hat man es hierbei gewöhnlich mit einem hohen Geschwätz zu tun. Es gehört für gewisse junge Herren aus den sogenannten gebildeten Kreisen nun einmal dazu, von Politik zu reden, auch wenn sie davon nicht im geringsten etwas verstehen.

Als im Monat März eine Meldung aus Willingen über den gleichen Vorgang beim Ministerium des Innern ankam, wurde beim Herrn Reichskanzler sowohl wie beim Herrn Reichswehrminister gegen die Einstellung von Zeitfreiwilligen Einspruch erhoben mit dem Erfolg, daß in der Folgezeit solches unterblieb. Die badische Regierung wird auch in diesem Falle schon aus außenpolitischen Gründen in gleicher Weise verfahren.

Auf die Bemerkung in dem Artikel, man wolle sich in Karlsruhe nicht über die Gefährlichkeit der Situation hinwegtäuschen, ist meinerseits zu erwidern, daß sie an die verdorrte Adresse geht. Die badische Regierung hat keine Möglichkeit, in die Dienstführung der Reichswehr irgendwie hineinzugreifen. Diefür ist das Reichswehrministerium und die Reichsregierung zuständig. Die badische Regierung hat nur die Möglichkeit, von ihrem Standpunkt aus zu den von ihr bei der Reichswehr beobachteten Vorgängen der Reichsregierung gegenüber in Form von Vorstellungen Einspruch zu erheben. Die Reichsregierung und der Reichstag sind somit auch die Stellen, welche die Verantwortung für das, was innerhalb der Reichswehr vorgeht, zu tragen haben. Falsch ist auch die Annahme, als ob das Bezirksamt in Willingen in der Lage wäre, ihr nicht genehme Anordnungen der Reichswehr zu inkubieren. Die Reichswehr nimmt von den zivilen Staatsbehörden Anweisungen nicht entgegen. Divisionsstab und Reichswehrministerium sind die Instanzen, nach welchen sich ein Regiment- und Bataillonskommando zu richten hat.

Memmele.

Das Singener Blatt bemerkt zu dem Schreiben: „Die Antwort des Staatspräsidenten bezüglich der Willinger Studenten, die sich zur Hitlergarde bekannten, haben wir nichts hinzuzufügen, sie ist zutreffend.“

Der Vorgehen des Staatsministeriums zur Beseitigung des Willinger Unfalls findet unsere volle Billigung. Sollte der Einspruch des badischen Staatsministeriums beim Reichskanzler und Reichswehrminister ohne Wirkung sein, dann werden wir Mittel und Wege finden, um dem Zeitfreiwilligenputz in Willingen ein für allemal ein Ende zu machen.“

## Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Oberkirch, 27. Juni. Bei dem dritten Wahlgang wurde der Ratsherr Robert Fellbauer von Durlach mit 66 von 69 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

DZ. Von der Oberrhein: Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen scheint die Oberrhein in diesem Jahre keineswegs so günstig zu werden wie die vorjährige. An den Bodenseeufern, ein besonders bevorzugtes Obgebiet, sollen die Ernteaussichten für dieses Jahr gleich Null sein. Auch im Elzemer und Dra-

Erhöhung der Personentaxe der deutschen Reichsbahn. Vom 1. Juli 1923 ab werden auf der deutschen Reichsbahn die Personentaxe in der 3. und 4. Klasse verdreifacht...

genauer Teil ist der Fruchtanfall noch reichlicher Mühe nur ein äußerst geringer. Günstiger lauten die Nachrichten vom Kaiserstuhl...

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruher Fliegerabend. Am 18. d. M. führte es sich zum 5. Male, daß Oberleutnant Immelmann im Luftkampf fiel...

geführt wurde. Es ist nicht der Platz, hier näher auf die Weiterentwicklung des Luftkampfes einzugehen...

Der Milchpreis. In der Dienstag, den 26. ds. in Karlsruhe stattgefundenen Sitzung des Landesmilchpreisausschusses...

Spende. Die Firma Hans Dieffenbacher, Sackfabrik hier, hat dem Oberbürgermeister die Summe von 100 000 M. für die Kriegsblinden von Karlsruhe zur Verfügung gestellt.

Landwirtschaftlicher Bedarf, landwirtschaftliche Maschinen. Empfehlenswerte Bezugsquellen für die badische Landwirtschaft. Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Wieland, Faß & Co., G. m. b. H. Karlsruhe. Großhandlung landwirtsch. Maschinen. der Generalvertreter: R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau für deren Motor- u. Dampf-Dreschmaschinen.

Landw. Maschinen und Geräte jeder Art, Ersatzteile usw. erhalten Sie stets zu konkurrenzlos billigen Preisen auf unseren Lägern. Karlsruhe, Boxberg, Rosenberg, Mosbach, Helmstadt, Waldshut, Steinen, Radolfzell.

Gebr. Wülker Karlsruhe i. B. Rüppurrerstr. 64. Bild einer landwirtschaftlichen Maschine.

Beste, handhabungssichere SPRENGSTOFFE Sprengkapseln und Zündschnüre zum Sprengen von Baumstumpen. Pulverfabrik Ettlingen (Baden).

Bad. landw. Hauptgenossenschaft. Abteilung Maschinen. Karlsruhe i. B. Lautenbergstr. 3.

K. Ertel, Karlsruhe 45 Kaiserallee 45. Landwirtschaftliche Maschinen aller Art. Spezialität in Milchseparatoren. Reparaturen. Lieferung von Ersatzteilen zu Zentrifugen und Maschinen aller Systeme.

ACHTUNG! LANDWIRTE! Die mühevollen Arbeit des Entkörnens von Maiskolben durch Reiben an Flächisen und Kanten ist veraltet, zeitraubend und umständlich! Unser Maiskolben-Entkörner "ECHOD" verhindert das lästige Abspringen der Körner! Keine Handverletzungen mehr!

Hack-Häufelplüge — Acker-, Saat- und Wiesen-Patent EGGEN Neubeck. sind vollendet praktisch u. dauerhafte Qualitätswerkzeuge. Durch Serienfabrikation billige Tagespreise. Josef Neubeck, Rastatt.

Wir werden von jetzt ab bei Ausführung der uns zugehenden Aufträge im gesamten Bankverkehr die Buchungsbeträge auf volle M. 100.— nach unten abrunden. Wir bitten demgemäß die Kundschaft bei Erledigung ihrer bankmäßigen Umsätze künftighin Beträge unter M. 100.— weg zu lassen.

Bürgermeister. Die Stelle eines stellvertretenden Bürgermeisters im Sinne des § 19 der G. O. (2. Bürgermeister) der Stadtgemeinde Weinheim a. d. Bergstraße ist zu besetzen. Bewerber mit voller juristischer oder technischer Ausbildung sowie Bewerber mit mehrjähriger Erfahrung als Gemeindepolitiker werden aufgefordert, ihre Bewerbung unter Vorlage der erforderlichen Zeugnisse und Nachweise sowie unter Angabe der Gehaltsansprüche und des Zeitpunktes des etwaigen Dienstantritts bis zum 10. Juli d. J. beim Bürgermeister einzureichen.

Millionenverdienst! Patentamt, geschützt. Verfahren zur Abänderung v. Lozen, Verhältnissen usw. aus Kunstmarinor. Mill. Maschinenart. geeignet für Fabr. u. Br. als Ersatzteil. Muster g. M. 3000. D. Nieger, Stuttgart, Friedensplatz 10.

Fortwärt Seng in Staufen zeigt das Holz in Distr. I/III, Domänenverwalter Herrmann in Gernheim das in Distr. IV und V und Oberfortwärt Burgert in Untermineral jenes in Distr. VI vor.

Perser-Teppiche und einige Verbindungsstücke sowie Kelime (auch Seidenteppich) zu kaufen. Eilangebote unter Postfach 478 Mannheim erbeten.

Badisches Landestheater. Spielplan vom 30. Juni bis 8. Juli 1923. Im Landestheater. So. 1. Juli. Abonn. A 24. Gastspiel von Frau Else Gentner-Fischer vom Opernhaus Frankfurt a. M. In der Neuestudierung und Neuinszenierung. Aida. Aida: Else Gentner-Fischer. 5 1/2. (Sp. I 18 000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1—200 und 1801—1950. — Mo. 2. Volksbühne. S 9. Maria Stuart. 7. (Sp. I 8000.) — Die. 3.\* Abonn. C 23. Einmaliges Gastspiel von Dr. Fritz Lang vom Staatstheater in Kassel. Martha. Martha: Dr. Fritz Lang. 7. (Sp. I 18 000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 201—500 und 1001—1300. — Mi. 4.\* Abonn. F 24, G 24. Die Komödiantin. 7. (Sp. I 15 000.) — Do. 5. Volksbühne S 10. Maria Stuart. 7. (Sp. I 10 000.) — Fr. 6.\* Abonn. D 24. Die lustigen Weiber von Windsor. 7. (Sp. I 18 000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3901—4500. — Sa. 7.\* Abonn. B 24. Strindberg-Abend. Zum ersten Male: Wetterleuchten. Kammerstück in 3 Akten. Hierauf: Zum ersten Male: Erste Warnung. Komödie in einem

Sunde. aller Massen kaufen und verkaufen Sie vorteilhaft durch eine Anzeige in 'Der Deutsche Jäger', München, Brienerstr. 9. — Hunderttausende von Lesern in Stadt und Land in Südd. Das Badische Forstamt Staufen I verkauft freihändig: 740 Nadelstämme u. 15-

Vergabung von Bauarbeiten. Wie vergeben zum Dienstwohngebäude Ecke Bahnhof- und Leberstraße im Personenbahnhof Freiburg die Blajer, Greiner, Terrazzo bzw. Matiens, Schloffer, Installations-, Anstreicher- und Tapezierarbeiten sowie die Kollabellieferung, Kläre, Bindungen und Arbeitsbeschriebe liegen hier, Bahnhofsstr. 12, 2. Stock, Zimmer 34, werktags von 8—12 Uhr vormittags zur Einsicht auf. Dasselbst auch Abgabe der Angebotsordnungen gegen Selbstkosten. Angebote kein Versand. Angebote sind verschlossen, polstfrei mit entsprechender Aufschrift bis Dienstag, den 10. Juli, vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Freiburg, 25. Juni 1923. Bahnbauinspektion 2. [72]